

Rede von Wolfgang Gehrke am 01.09.2019/Dresden/Kundgebung „Frieden überall!“

Erstmal herzlichen Dank! Ich möchte mit Ihnen über Krieg und Frieden reden und mit einem Märchen beginnen. Märchen haben meistens sehr reale Hintergründe. Sie fangen alle mit „Es war einmal“ an und sie enden mit „Und wenn sie nicht gestorben sind, so leben sie immer noch.“ Was für eine Logik!

Das Märchen würde beginnen mit: Es war einmal eine Zeit, da in beiden Deutschlands klar war „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“. Das war eine Selbstverständlichkeit.

Ich erinnere mich an einen Wahlkampf in Bayern, wo der Kandidat der CSU, Franz-Josef Strauß, der spätere Verteidigungsminister, seinen Wahlkampf damit gekürt hat, dass jedem Deutschen, der wieder ein Gewehr anfasst, die Hand abfallen soll. Das hat bei Strauß nicht lange vorgehalten, aber selbst nach der Wiederbewaffnung hielt das Versprechen, von Deutschland darf nie wieder Krieg ausgehen, noch einige Jahrzehnte. Jetzt ist das nicht mehr so. Es hat nicht gehalten, weil die Rüstungsindustrie und die USA letztendlich mächtiger waren als viele Leute, die damals für Frieden demonstriert haben und es heute noch tun. Euch bin ich sehr dankbar, dass Ihr hier seid, am Antikriegstag oder Weltfriedenstag – das war auch immer ein Unterschied zwischen West und Ost. Mich würde es grämen, wenn gerade in diesem Deutschland keiner an solchen Tagen von der Möglichkeit des Protestes Gebrauch macht.

Ich habe mir nie vorstellen können, dass die Bundeswehr irgendwann mal deutsche Soldaten an der Grenze zu Russland, in Litauen stationieren würde. Das fand ich unvorstellbar. Ich wollte es auch nie, aber ich konnte es mir zudem nicht vorstellen. Das hatte sich eigentlich keiner vorstellen können. Selbst die Kriegstreiber waren vorsichtiger. Sie haben gedacht, das funktioniert nicht. Und jetzt sagen viele, auch im Bundestag – ich war nun lange Jahre im Bundestag –, dass es keine schriftliche Vereinbarung dazu gibt. Es gab eine Vereinbarung im Zusammenhang mit dem Abzug der russischen Truppen aus Deutschland, dass die NATO nicht nach Osten geht. Das war zugesagt worden.

Ich hatte immer gute Freunde in Russland, darunter den ehemaligen Botschafter der Sowjetunion in Bonn, Valentin Falin. Ihn habe ich gefragt: „Warum habt Ihr Euch das nicht schriftlich geben lassen?“. Seine Antwort: „Ja, weißt Du, Gorbatschow wollte das nicht. Er hat gesagt, wenn wir gleich damit anfangen den Amerikanern zu signalisieren `Wir trauen Euch nicht`, dann wird das Ganze nichts werden.“ Das Ganze ist dadurch nicht besser geworden. Für Verträge gehört es sich, dass man sie schriftlich hat. Einer der großen Fehler von Gorbatschow war, dass er nicht drauf bestanden hat, die Entscheidung, die NATO darf nicht nach Osten gehen, schriftlich, vertraglich bindend festzuhalten. Aber trotzdem gilt sie! Der amerikanische Repräsentant in den zwei plus vier Verhandlungen, Baker, und andere haben das bestätigt. Ja, die NATO bleibt dort, wo sie ist, das ist versprochen worden. Selbst das fand ich schon eine Zumutung! Ich wollte die NATO auch nicht im Westen haben.

Ich habe meiner Fraktion im Bundestag wiederholt gesagt: Ihr müsst drauf bestehen, dass Deutschland die NATO verlässt! Austritt oder Auflösung der NATO. Das muss durchgesetzt werden, denn die NATO ist kein Friedensbündnis. Die NATO ist ein Kriegsbündnis! Und eine demokratische und linke Partei darf einem Kriegsbündnis nicht zustimmen. Auch wenn eine solche Position den Preis hat, dass man damit nicht in die Regierung kommt. Das kann man gut oder nicht gut finden; das ist gar nicht erheblich, es ist Fakt. Ich habe in den 70'er Jahren häufiger mit dem italienischen Kommunistenchef Enrico Berlinguer diskutiert, zu jener Zeit hatten die italienischen Kommunisten Wahlergebnisse von knapp 35 Prozent und sie wollten in die Regierung. Enrico Berlinguer hat mir gesagt: „Wolfgang, wer die NATO nicht will, der kommt nicht in die Regierung.“ Meine Antwort: „Enrico, ich befürchte, dass Du Recht hast. Dann muss man eben draußen bleiben und von draußen soviel Druck entwickeln, dass sich diese Politik ändert.“ Das gilt auch heute.

Wenn ich im Bundestag gesprochen habe, kamen die Zwischenrufe aus der CDU: „Jetzt spricht der Russe.“ Ich habe das nie als Beleidigung empfunden. Ich empfinde es beleidigend, wenn man nicht zu Russland ein vernünftiges, nachbarschaftliches Verhältnis entwickelt. Das geht nicht mit der Bundeswehr an der russischen Grenze. Unvorstellbar! Wenn man sich das in Litauen mal anschaut, diese berühmte Kurische Nehrung, diese große Sanddüne, die geht bis zur russischen Grenze. Von der Nehrung aus ist es eine halbe Stunde zu Fuß, und man ist direkt auf russischem Gebiet. Wenn die Bundeswehr eine halbe Stunde braucht, um in Russland zu sein, dann bedient das dort alle Ängste, alle Vorbehalte, die aus der Geschichte da sind. Dann kann ich sehr gut verstehen, dass die russischen Menschen gesagt haben: „Nie wieder Krieg und nie wieder deutsche Wehrmacht!“

Es gibt immer Dinge, die man kaum versteht. An der russischen Politik habe ich nie verstanden, aber freudig aufgenommen, dass sie immer für ein gutes Verhältnis zu diesem Deutschland war. Dieses Deutschland hat die Verantwortung dafür, dass in Russland und den anderen Sowjetrepubliken 27 Millionen Menschen umgebracht worden sind. Wenn die Überlebenden gesagt hätten „Mit diesen Deutschen keinen Schritt mehr gemeinsam!“, hätte ich das gut verstanden. Aber Russland wirbt um Freundschaft und Solidarität und gute Beziehungen zu Deutschland. Und was macht dieses Deutschland? Streckt nicht die Hand aus, ergreift nicht die Hand, sondern dieses Deutschland rüstet auf. Es will mir nicht in den Kopf, dass wir uns wieder in einer Aufrüstungsspirale befinden, wo Waffen entscheiden sollen, was politisch geklärt werden muss. Ich will keine neuen Waffen! Ich will weder Drohnen noch Atomwaffen in Deutschland!

Ich war gestern in Chemnitz auch auf einem Friedenstreffen. Da wurde ein altes Friedenslied, was übrigens in der DDR damals entstanden ist, gespielt, mit dem Refrain „Go home, Ami, Ami go home!“. Das hat man nicht nur auf Friedensdemos, sondern auch abends in Reinland-Pfalz gespielt, wo die amerikanischen Besatzungstruppen stationiert waren und sind. Wenn die dort unten die Kneipe leer haben wollten, haben sie gespielt: „Go home, Ami, Ami go home!“. Ich habe Freunde in den USA. Und das ist mir auch wichtig. Aber ich möchte, dass die US-amerikanischen Stützpunkte aus Deutschland verschwinden. Nicht weil sie amerikanisch sind, sondern weil die amerikanischen Stützpunkte mitten in Deutschland uns in einen neuen Krieg hineinziehen können. Die US-Airbase Ramstein ist nicht nur der größte Militärstützpunkt der US-Armee außerhalb ihres Landes. Ramstein ist die Drehscheibe militärischer Aktionen Richtung Naher Osten.

Manche denken, noch leben wir im Frieden, andere verorten uns schon im Vorkrieg. Ich befürchte, dass wir schon in Kriegszeiten leben und vieles verdrängt haben. Es hat einen Krieg gegen Jugoslawien gegeben. Der Krieg in Afghanistan dauert an. Und im Nahen Osten gibt es keinen Frieden. Es hat militärische Stationierungen in Afrika gegeben. Das alles mit deutscher Beteiligung. Und die USA haben nicht ausgeschlossen, gegen den Iran militärisch einen Krieg vom Zaune zu brechen. Ich spüre die Gefahr! Ich träume davon schlecht! Ich möchte nicht, dass die USA einen Krieg gegen den Iran führen, letztendlich wieder mit deutscher Unterstützung. Deswegen muss man von dieser Bundesregierung klipp und klar fordern: „Nein zu einer deutschen Kriegsteilnahme! Weder gegen den Iran noch gegenüber anderen Ländern!“ Das ist das Minimum, was man heute erwarten kann, wenn man schon in den Bundestag gewählt ist. Das ist auch gar nicht so schwer.

Vielleicht sollen wir immer wieder üben, zusammen „Nein“ zu sagen, wenn es um Aufrüstung geht, wenn es um den Bundeswehretat geht, wenn es um den Einsatz der Bundeswehr im Ausland geht, wenn es um Feindschaft zu Russland geht... Zusammen „Nein“ zu sagen oder „das wollen wir nicht“ - das finde ich viel wichtig. Und wenn man das zusammen einübt - das gemeinsame „Nein“, dann ist das auch nicht mehr so schwer, wenn man in seinem Umfeld – ob im Parlament, in der Familie, im Betrieb - zunächst einmal allein ist mit dem „Nein“.

Ich wollte auch noch ein bisschen zu Sachsen argumentieren. Das ist mir natürlich nicht gleichgültig, was hier passiert. Also, ich fand den Vorstoß von Kretschmar zu Russland vernünftig, obwohl ich ihm nicht traue. Ich habe so oft gehört: „Wann kommt denn die linke Stimme, die völlig eindeutig sagt ´Aufhebung der Sanktionen´, die völlig klar sagt, wir wollen kulturelle und politische Zusammenarbeit mit Russland“. Von Dresden erwarte ich natürlich, dass man auf kulturelle Zusammenarbeit setzt. Kretschmar hat diesen Vorstoß natürlich gemacht, um Stimmen zu gewinnen. Ich habe immer gedacht, gehofft und hoffe immer noch, dass man diesen Vorstoß für tatsächliche Zusammenarbeit nutzen kann. Von der Sache her steht die Linke, und hoffentlich auch andere, für die Aufhebung der Sanktionen und gute Beziehungen und Nachbarschaft zu Russland. Man muss nicht gleich von Freundschaft reden, aber gute Nachbarschaft wäre schon mal was. Das erwarte ich auch heute. Wie immer die Wahlen hier ausgehen werden... Eine vernünftige Wirtschaftspolitik, eine vernünftige Kulturpolitik heißt, man muss mit Russland kooperativ zusammenarbeiten. Da muss man nicht unbedingt jede Frage ähnlich sehen, wie es die russische Politik sieht. Aber man kann ein Stück weit Vernunft walten lassen.

Ich hatte zweimal die Möglichkeit, im russischen Parlament zu reden. Und ich habe nicht nur eine Rede gehalten, in der ich um Freundschaft geworben habe, sondern ich habe auch darüber gesprochen, wo ich Differenzen zur russischen Politik habe. Das stört keinen, wenn der Grundgedanke, der Grundzug ist: Wir wollen in Freundschaft zusammenleben und wir wollen normale und gute Beziehungen. Und darum bitte ich, dass man auch nach diesem Wahltag in Sachsen und auch in Brandenburg „Nein“ sagt, wenn deutsche Panzer quer durch die ostdeutschen Bundesländer an die russische Grenze rollen, wo sie dann stationiert werden. Da muss man „Nein“ sagen! Und wenn man die Kraft hat – da hab ich auch nichts dagegen – sich vor solche Panzertransporte zu setzen. Das muss aber nicht jeder tun.

Ich erwarte von den Kolleginnen und Kollegen, die in den Parlamenten sind, dass sie nichts verschweigen, was die Bevölkerung wissen muss. Die ganze Aufrüstung funktioniert auch dadurch, dass Abgeordnete schweigen und nicht in die Öffentlichkeit geben, was sie alles erfahren haben. Da muss man eben handeln und auch dort gilt: Man kann „Nein“ sagen. Man muss „Nein“ sagen!

Ich danke Ihnen, dass Sie hier im Regen ausharren. Das finde ich auch ein bisschen ungerecht. Ich stehe hier unter einem Dach und Sie im Regen.

Also, zusammenfassend: Ich möchte, dass man sowas gemeinsam macht. Zusammen im Regen stehen – das tun wir im Moment – und gemeinsam auch das gute Wetter genießen, wenn es denn da ist. Wir brauchen ein bisschen Sonnenschein in der Beziehung zwischen Deutschland und Russland und das muss von Deutschland ausgehen, weil Deutschland Verantwortung trägt, über das, was passiert ist. Es reden heute viele über den Überfall auf Polen vor achtzig Jahren. Sechs Millionen polnische Menschen sind umgebracht worden im sogenannten 2. Weltkrieg. Das war ein Vernichtungskrieg. Sechseinhalb Millionen Jüdinnen und Juden sind umgebracht worden. 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der damaligen Sowjetunion sind umgebracht worden in diesem Krieg. Kann man nicht mindestens daraus die Schlussfolgerung ziehen: Nie wieder Krieg, an dem Deutschland beteiligt ist. Am Besten nie wieder Krieg weltweit! Solidarität und Zusammenarbeit! Wir könnten viel Vernünftiges gemeinsam in der Welt zusammenbringen! Ich danke Ihnen. Herzlichen Dank.